economiesuisse

Gewerkschaften stellen bei Tankstellenshops auf stur

Die Gewerkschaften wollen den Parlamentsentscheid, wonach Tankstellenshops künftig rund um die Uhr ihr ganzes Sortiment verkaufen dürfen und nicht nur einen Teil davon, nicht akzeptieren. Sie haben heute gegen die beschlossene Lockerung dieser unsinnigen und bürokratischen Regel offiziell das Referendum ergriffen. Dass das Volk über die Revision einer Detailfrage abstimmen soll, ist unverhältnismässig. Umso mehr, weil die Vorlage weder den gesetzlichen Arbeitnehmerschutz noch die Arbeitszeitregelungen tangiert.
Lieber stur einen Abstimmungskampf anpeilen statt konstruktiv verhandeln: So könnte man das Verhalten der Gewerkschaften und weiterer linker Kreise im Zusammenhang mit der parlamentarischen Initiative «Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops» beschreiben.

Festhalten an bürokratischen Regeln ist kontraproduktiv

Das Parlament hat die Vorlage in der vergangenen Wintersession verabschiedet. Diese sieht vor, dass Tankstellenshops künftig auch in der Nacht ihr gesamtes Sortiment verkaufen dürfen, solange es auf Reisende ausgerichtet ist. Bisher durften die Angestellten, die für den Verkauf von Treibstoff ohnehin vor Ort waren, nur Kaffee und Sandwiches verkaufen, nicht jedoch den Rest des Warenangebots. Letzteres musste in vielen Shops eigens abgedeckt werden. economiesuisse hat die Lockerung dieser unsinnigen und bürokratischen Regel von Anfang an begrüsst. Gerade im heutigen wirtschaftlichen Umfeld ist es für die Wirtschaft wichtig, dass überschiessende und bürokratische Vorschriften wo immer möglich abgebaut werden. Dies stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz und baut

Konkurrenznachteile gegenüber dem Ausland ab.

Reaktion der Gewerkschaften ist unverhältnismässig und unverständlich

Die Gewerkschaften und weitere linke Kreise können dieser Entbürokratisierung nichts abgewinnen. Sie befürchten eine Zunahme der Nachtarbeit und halten deshalb stur an ihrer Referendumsandrohung fest. Damit blockieren sie den konstruktiven Dialog mit Shopbetreibern und insbesondere auch die Verhandlungen über einen Gesamtarbeitsvertrag für die Mitarbeitenden von Tankstellenshops, der die Bedürfnisse und Interessen der Mitarbeitenden aufnehmen soll. Das ist bedauerlich und unverständlich. Es erscheint darüber hinaus unverhältnismässig, das Volk über eine Detailfrage mit marginaler Auswirkung abstimmen zu lassen. Umso mehr, weil die Vorlage weder den gesetzlichen Arbeitnehmerschutz noch die Arbeitszeitregelungen tangiert. Trotzdem – oder gerade deswegen? – werden diese Punkte als Hauptargumente der Gewerkschaften angeführt. Das ist unehrlich und dient weder den Arbeitnehmenden, den Konsumentinnen und Konsumenten noch der Wirtschaft.